ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schrooten, Mechthild; Grziska, Martin

Article

Chinas Integration in die Weltwirtschaft: Chancen und Gefahren

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schrooten, Mechthild; Grziska, Martin (2004) : Chinas Integration in die Weltwirtschaft: Chancen und Gefahren, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 71, Iss. 52, pp. 805-812

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151348

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 52/2004

71. Jahrgang / 23. Dezember 2004

Inhalt

Chinas Integration in die Weltwirtschaft – Chancen und Gefahren
Seite 805

Chinas Integration in die Weltwirtschaft – Chancen und Gefahren

Mechthild Schrooten
mschrooten@diw.de

Martin Grziska

Chinas Wirtschaft wächst seit Jahren außerordentlich kräftig. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mit etwa 1 100 US-Dollar im internationalen Vergleich noch relativ gering ist, wird das Land heute als einer der wichtigsten „global player" betrachtet. Dazu haben neben der geographischen und demographischen Größe die hohe Dynamik des Außenhandels, aber auch die erhebliche Zunahme internationaler Kapitalzuflüsse beigetragen. Nach dem Beitritt zur WTO im Dezember 2001 haben die Exporte und Importe Chinas verstärkt zugenommen. Außerhalb Asiens ist Deutschland nach den USA der wichtigste Handelspartner.

Bislang vollzieht sich die Integration der chinesischen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft sehr ungleichgewichtig: Während sie auf den Gütermärkten kräftig voranschreitet und die internationalen Kapitalzuflüsse trotz Kapitalverkehrskontrollen deutlich zunehmen, ist der heimische Finanzmarkt noch weitgehend abgeschottet. Zugleich wird an einem faktisch fixen Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar festgehalten. Inzwischen zeigt die Wirtschaft Zeichen einer gesamtwirtschaftlichen Überhitzung; so sind die Konsumentenpreise in letzter Zeit deutlich gestiegen. Das zentrale Problem der chinesischen Wirtschaft ist es daher, einen Übergang auf einen stabilen, dauerhaften Wachstumspfad zu finden. Wie die Erfahrungen der asiatischen „Tigerstaaten" zeigen, könnten eine vorsichtige schrittweise Flexibilisierung des Wechselkurses und eine tiefgreifende Reform des Bankensektors wichtige Ansatzpunkte dazu bieten. Ohnehin sehen die mit der WTO getroffenen Vereinbarungen vor, dass der chinesische Finanzsektor im Jahre 2006 für ausländische Banken geöffnet wird. Dies erfordert einen erheblichen Anpassungsprozess in dem von staatlichen Banken und notleidenden Krediten geprägten Bankensektor, auch um dem künftig im Finanzsektor steigenden internationalen Wettbewerbsdruck standhalten zu können.

China weist seit Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittliche gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten aus (Abbildung 1).[1] Das chinesische Bruttoinlandsprodukt legte in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich gut 8 % pro Jahr zu; wegen des niedrigen Ausgangsniveaus ist das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt mit etwa 1 100 US-Dollar (Stand: 2002) noch relativ gering.[2] In den letzten Jahren wurde das starke Wachstum vor allem von einer hohen

1 Immer noch bestehen methodische Schwierigkeiten bei der Erfassung und Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten. Im Folgenden werden die amtlichen Zahlen zugrunde gelegt. Zu den methodischen Problemen vgl. Kasten.
2 Zum Vergleich: In Thailand betrug dieser Wert 2 273 US-Dollar, in Südkorea 11 059 US-Dollar und in Indonesien 944 US-Dollar; vgl. World Bank: World Development Indicators, CD-ROM.

A 22127 C

Kasten

Datenprobleme

Der Übergang zur Marktwirtschaft erfordert auch den Übergang auf eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Die alte Planwirtschaft basierte auf Daten über physische Größen; die gesamtwirtschaftliche Statistik Chinas beruhte lange Zeit auf dem sowjetischen „Material Production System" (MPS). Im Jahre 1993 wurde dann komplett auf das „System of National Accounts" (SNA) der Vereinten Nationen umgestellt.[1]

Bis heute gibt es offenbar Probleme bei der Datenerhebung und -erfassung. So übertreffen die aggregierten BIP-Daten der einzelnen Provinzen oftmals die nationalen BIP-Daten des National Bureau of Statistics (NBS). Ein Beispiel für die Widersprüche in den chinesischen BIP-Wachstumsraten sind die Jahre 1997/1998. Für diese beiden Jahre wies das NBS offiziell die von den einzelnen Provinzen gemeldeten BIP-Daten zurück und korrigierte das ursprünglich gemeldete Wachstum von über 10 % auf nunmehr 7,8 %. Doch auch diese Angabe könnte noch zu hoch sein, denn in dieser Zeit ging in der energieintensiven chinesischen Wirtschaft der Energieverbrauch um 1,6 % zurück.

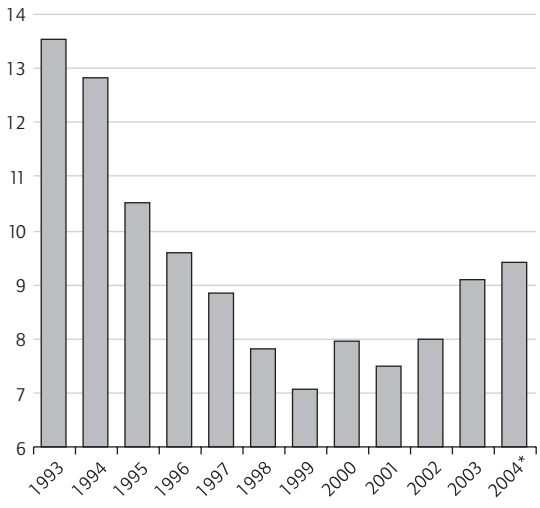
Besondere Probleme ergeben sich in Bezug auf die Außenhandelsstatistik. Hier führen Erfassungsprobleme, aber auch methodische Unterschiede zu beachtlichen Diskrepanzen. Teilweise gehen diese Differenzen auch auf die unterschiedliche Erfassung des Hongkong-Handels zurück. China führt einen erheblichen Teil seiner Produktion nach Hongkong aus; von dort werden die Güter vielfach ohne weitere Verarbeitung exportiert. Ein nicht unbedeutender Teil davon geht in die USA und die EU. Während China dabei Hongkong als Bestimmungsland verbucht, werden diese Waren in den Einfuhrländern oftmals als Importe aus China erfasst.

1 Vgl. Carsten A. Holz: China's Statistical System in Transition: Challenges, Data Problems, and Institutional Innovations. In: Review of Income and Wealth, 50 (3), 2004, S. 381–409. Siehe außerdem die Angaben des International Monetary Fund in seiner Direction of Trade Statistics.

Abbildung 1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts Chinas 1993 bis 2004

In Preisen von 1990, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



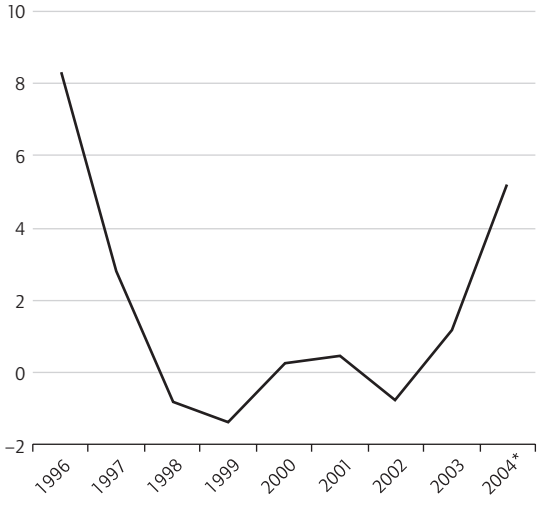
***** Schätzung.

Quellen: IMF, International Financial Statistics, CD-ROM, November 2004; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2004

Abbildung 2

Entwicklung der Verbraucherpreise in China 1996 bis 2004

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



***** September 2004.

Quellen: IMF, International Financial Statistics, CD-ROM, November 2004; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2004

Investitionsdynamik und rasch steigenden Exporten getragen. So legten im Jahre 2003 die Investitionen um knapp 20 %, die Exporte um rund 35 % zu. Auch gegenwärtig hält dieser Trend ungebrochen an.

Hohe gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten über einen längeren Zeitraum sind für einen erfolgreichen ökonomischen Aufholprozess unabdingbar. In China allerdings mehren sich derzeit die Zeichen einer möglichen Überhitzung; sie spiegeln sich vor allem in der Rationierung von Energie[3] und in einer deutlich beschleunigten Inflation (Abbildung 2). Darüber hinaus droht eine Überhitzung im Investitionsbereich. Dies zeigt sich vor allem darin, dass die Aufrechterhaltung einer hohen Wachstumsrate immer stärkere Investitionszuwächse erfordert. Die Investitionsquote liegt in China inzwischen bei 45 %.

Die Regierung hat die Gefahren, die sich daraus ergeben, erkannt und einen strafferen geldpolitischen Kurs eingeschlagen; die Zinsen wurden angehoben, und die Kreditvergabe sollte begrenzt werden. Ziel ist es, die Investitionstätigkeit zu bremsen und ein „soft landing" zu ermöglichen. Allerdings ist der Handlungsspielraum der chinesischen Geldpolitik relativ gering: Der fixe Wechselkurs der chinesischen Währung gegenüber dem US-Dollar in Kombination mit hohen Renditeerwartungen macht das Land für internationale Kapitalanleger attraktiv; die internationalen Zuflüsse steigen drastisch. In einer solchen Konstellation kann eine Zentralbank die Geldmengenentwicklung kaum noch steuern. Hinzu kommt, dass der relativ marode und eng mit den öffentlichen Haushalten und dem Unternehmenssektor verwobene Bankensektor nur bedingt geeignet ist, die geldpolitischen Impulse weiterzugeben.

Offenheit der chinesischen Volkswirtschaft stark gestiegen

Die starke gesamtwirtschaftliche Expansion Chinas wird von der Öffnung der Volkswirtschaft begleitet. Als Indikator für die Offenheit einer Volkswirtschaft gilt die Summe aus Exporten und Importen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Zwar liegen für den internationalen Handel umfangreiche Statistiken vor, jedoch weisen diese oftmals erhebliche Diskrepanzen insbesondere bei den Angaben zum bilateralen Handel auf. Hinzu kommt, dass gelegentlich Hongkong und die Volksrepublik China zusammen betrachtet werden.

Im Folgenden werden die Angaben des Internationalen Währungsfonds zum Handel der Volksrepublik China herangezogen. Nach diesen Daten hat sich der Grad der Offenheit der chinesischen Volkswirtschaft seit 1993 nahezu verdoppelt und lag 2003 bei 60 % (Tabelle 1).

Nach dem WTO-Beitritt im Dezember 2001 nahm die außenwirtschaftliche Verflechtung noch einmal deutlich zu (Abbildung 3). Chinas Exportquote legte allein von 2001 bis 2003 um knapp 10 Prozentpunkte auf fast 34 % zu. Noch kräftiger als die Exporte stiegen die Importe; die Importquote betrug 2003 etwa 32 %. Seit Jahren verfügt China über einen Handelsbilanzüberschuss.

Gemessen in absoluten Größen ist gerade der innerasiatische Handel nach dem WTO-Beitritt gestiegen. Sein Anteil am gesamten Außenhandel Chinas ist indes seit Jahren relativ konstant. Im Jahre 2003 kamen etwa 56 % der chinesischen Importe aus asiatischen Volkswirtschaften (einschließlich Japan); zugleich wurden 46 % der chinesischen Exporte in die asiatischen Nachbarländer geliefert (Abbildung 4).

Wichtigster Abnehmer der chinesischen Exporte nach den asiatischen Ländern sind weiterhin die USA; dorthin flossen im Jahre 2003 etwa 21 % der gesamten chinesischen Exporte. Nach Hongkong gingen 17 %; Japan hatte einen Anteil von knapp 14 % und Südkorea von fast 5 %. Deutschland – aus chinesischer Sicht wichtigster europäischer Exportmarkt – kam auf einen Anteil von 4 %. Die Volkswirtschaften der EU insgesamt hatten einen Anteilswert von gut 16 %.

3 Vgl. DOWJONES: China Report vom 25. November 2004.

Tabelle

Offenheit[1] der Volkswirtschaften Chinas und Japans 1993 bis 2003

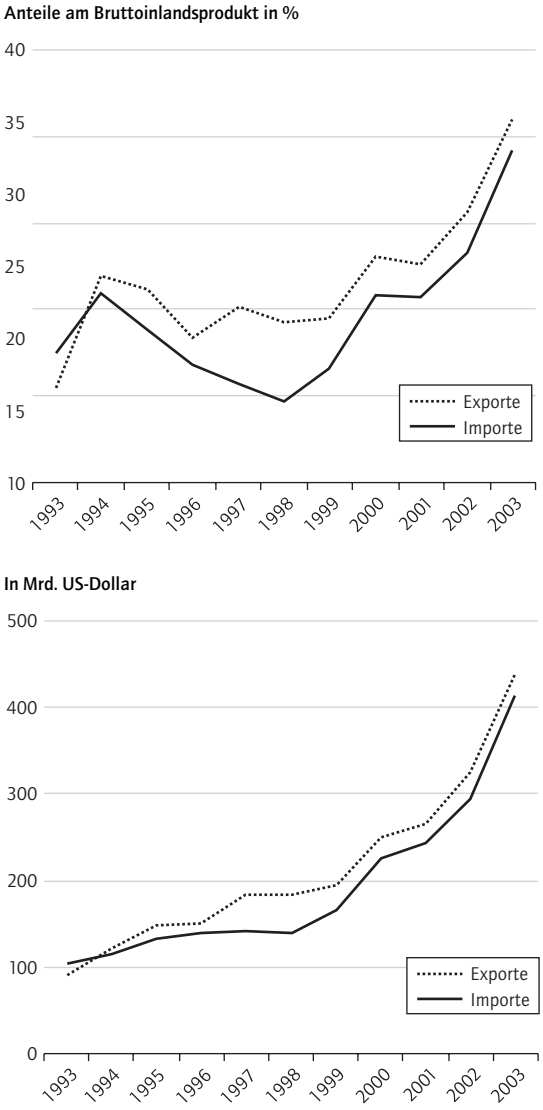
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
China	0,33	0,43	0,40	0,35	0,36	0,34	0,36	0,44	0,43	0,49	0,60
Japan	0,14	0,14	0,15	0,16	0,18	0,17	0,16	0,17	0,17	0,18	0,18

1 Summe aus Exporten und Importen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: International Financial Statistics (2004); Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2004

Abbildung 3

Entwicklung der Exporte und Importe Chinas 1993 bis 2003

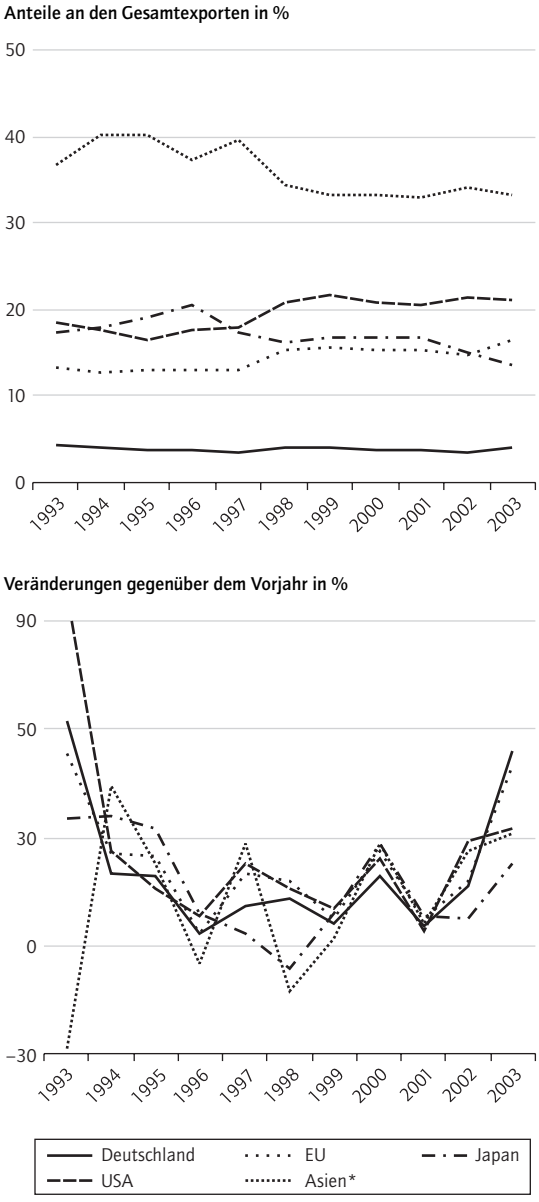


Quellen: IMF, Direction of Trade Statistics, CD-ROM, Dezember 2004; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Abbildung 4

Exporte Chinas 1993 bis 2003 nach Zielregionen



***** Ohne Japan.

Quellen: IMF, Direction of Trade Statistics, CD-ROM, Dezember 2004; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

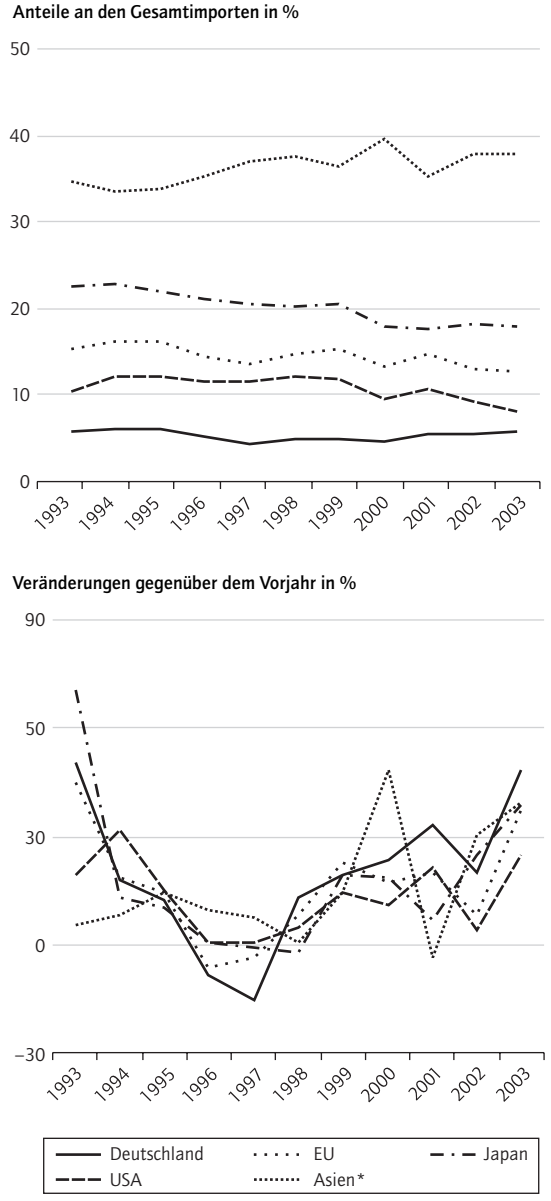
In Bezug auf die chinesischen Importe spielte Japan eine herausragende Rolle, gefolgt von Südkorea mit gut 10 %. Die USA standen hier erst an dritter Stelle (8 %). Etwa 6 % der chinesischen Importe kamen 2003 aus Deutschland; die Importe aus der gesamten EU erreichten einen Anteil von 13 %.

Handelsbilanzüberschuss gegenüber den USA

China weist seit Jahren deutliche Handelsbilanzüberschüsse aus. In den Jahren nach dem WTO-Beitritt sind sie angesichts steigender Importe in Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesunken. Insgesamt gilt: Die chinesischen Handelsbilanzüberschüsse gehen vor allem auf das Geschäft mit den USA zurück. Nach chinesischen Angaben belief sich im Jahre 2003 der Überschuss im bilateralen Handel auf etwa 58,9 Mrd. US-Dollar. Betrachtet man die Angaben der USA, so überstieg das ausgewiesene Handelsbilanzdefizit diesen Wert bei weitem (mehr als 130 Mrd. US-Dollar). Hintergrund dieser starken Abweichung sind offenbar unterschiedliche Bewertungen und Abgrenzun-

Abbildung 5

Importe Chinas 1993 bis 2003 nach Herkunftsregionen



***** Ohne Japan.

Quellen: IMF, Direction of Trade Statistics, CD-ROM, Dezember 2004; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

gen. Unabhängig von den zugrunde gelegten Zeitreihen ist indes zu erkennen, dass China dauerhaft einen hohen Handelsbilanzüberschuss gegenüber den USA realisiert.

Vor dem WTO-Beitritt erzielte China einen Handelsbilanzüberschuss von etwa 5,5 Mrd. US-Dollar gegenüber der EU.[4] Dieser Überschuss wurde inzwischen kräftig ausgeweitet und betrug nach chinesischen Angaben im Jahre 2003 19 Mrd. US-Dollar. Die Handelsbilanz mit Deutschland war schon vor dem WTO-Beitritt von höheren Importen als Exporten geprägt. Besonders stark konnten die asiatischen Volkswirtschaften vom WTO-Beitritt Chinas profitieren; das Handelsbilanzdefizit Chinas gegenüber den asiatischen Volkswirtschaften hat sich weiter vergrößert.

Trotz zögerlicher Liberalisierung des Kapitalverkehrs hohe internationale Zuflüsse

Während die Handelsliberalisierung im Zuge des WTO-Beitritts stark vorangeschritten ist, hat die chinesische Regierung bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs eine zögerliche Politik eingeschlagen. Zwar sind die chinesischen Exporteure zur teilweisen Abführung ihrer im Zuge entsprechender Geschäfte realisierten Fremdwährungserlöse angehalten.[5] Allerdings führte China bereits im Jahre 1996 die sogenannte Artikel-VIII-Konvertibilität ein, die einer Liberalisierung der in der Leistungsbilanz zu verbuchenden Transaktionen gleichkommt. Transaktionen, die über die Kapitalverkehrsbilanz abgewickelt werden, sind dagegen bis heute relativ starken staatlichen Kontrollen unterworfen, wenngleich es im Zeitverlauf wichtige Schritte auf dem Weg zu einer stärkeren Liberalisierung und damit zu einer Integration in die internationalen Kapitalmärkte gegeben hat. Als zentrales Argument gegen eine schnelle und umfassende Liberalisierung des Kapitalverkehrs und eine damit einhergehende stärkere Integration in den internationalen Finanzmarkt wird die geringe Leistungsfähigkeit des heimischen Finanzmarktes angeführt.

Betroffen von den Kapitalverkehrsregulierungen sind vor allem Portfolio- und Direktinvestitionen. Besonders starke Regulierungen gelten für *Portfolioinvestitionen*; erste Erleichterungen wurden hier Ende 2002 eingeführt. Danach kann ein aus dem Ausland stammender sogenannter „qualifizierter institutioneller Investor“ Anteile von höchstens 20 % an chinesischen Firmen erwerben. Auch kann das von dem Investor einmal eingesetzte Kapital nur unter Einhaltung vorgegebener Fristen und gestückelt in Teilsummen wieder abgezogen werden.[6] Bei den *Direktinvestitionen* lässt sich im

4 Die EU wies in ihrer Statistik ein noch größeres Handelsbilanzdefizit (64,2 Mrd. US-Dollar für 2003) aus. Diese statistischen Diskrepanzen gehen vor allem auf eine unterschiedliche Abgrenzung gerade in Bezug auf den Hongkong-Handel zurück. Vgl. Pressemitteilung Eurostat vom 7. Dezember 2004.

5 Zu Details vgl. International Monetary Fund: 2004 Article IV Consultation, Annex 1, November 2004. Auch an potentielle chinesische Importeure werden von Seiten der Behörden spezielle Anforderungen gestellt.

6 Zu den Details vgl. International Monetary Fund, ebenda.

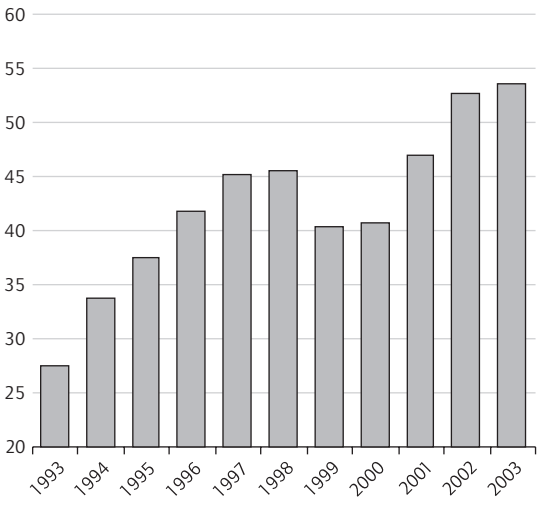
Zeitverlauf eine stärkere Liberalisierung erkennen. Seit April 2002 ist ein vierstufiges Klassifizierungssystem in Kraft, das zwischen gewünschten, erlaubten, begrenzten und verbotenen Bereichen für ausländische Investoren unterscheidet. Fremdwährungsbestände können von ausländischen Investoren nach einer Prüfung durch die staatlichen Behörden ausgeführt werden.

Trotz der nur teilweisen Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat China einen starken Zufluss an internationalem Kapital zu verbuchen. Dies gilt sowohl für die ausländischen Direktinvestitionen[7] als auch für die stärkeren Regulierungen unterworfenen Portfolioinvestitionen. Die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen erreichten im Jahre 2003 nach Angaben der UNCTAD 53,5 Mrd. US-Dollar (Abbildung 6). Damit stieg der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen auf 501,4 Mrd. US-Dollar. Zunehmend ist China auch selbst im Ausland als Investor engagiert;[8] der Bestand chinesischer Direktinvestitionen in anderen Ländern lag im Jahre 2003 bei 37 Mrd. US-Dollar. Die Portfolioinvestitionen in China zogen nach den 2002 eingeräumten Erleichterungen für institutionelle Investoren deutlich an, nach Angaben des Internationalen Währungsfonds auf netto 11,4 Mrd. US-Dollar.[9] Insgesamt haben die internationalen Kapitalzuflüsse im Zusammenspiel mit den Leistungsbilanzüberschüssen zu erheblichen Fremdwährungsbeständen der chinesischen Wirtschaft geführt (Abbildung 7). Die Reserven der Zentralbank lagen im September 2004 bei 519 Mrd. US-Dollar.

Abbildung 6

Ausländische Direktinvestitionen in China

Zuflüsse in Mrd. US-Dollar

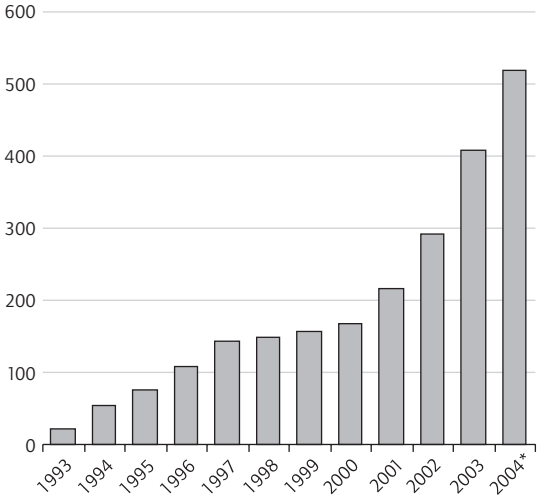


Quellen: UNCTAD; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2004

Abbildung 7

Reserven der Zentralbank

In Mrd. US-Dollar



***** Stand September.

Quellen: IMF, International Financial Statistics, CD-ROM, Dezember 2004; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2004

Aus der Sicht von Investoren ist ein Engagement im Ausland vor allem dann rational, wenn hohe Renditen zu erwarten sind und das angenommene Investitionsrisiko gering ist. Die hohen Kapitalzuflüsse lassen erkennen, dass dies offenbar der Fall ist. Zugleich führt der in China faktisch fixe Wechselkurs (Abbildung 8) dazu, dass sich die potentiellen Investoren keinem nennenswerten Wechselkursrisiko ausgesetzt sehen, solange die Zentralbank glaubwürdig das Festhalten an einer solchen Strategie versichert. Änderungen des real effektiven Wechselkurses, wie sie in China durchaus festzustellen sind, haben für internationale Investoren in diesem Gefüge zunächst keine Bedeutung. Denn für sie spielt die Rendite – gemessen in ihrer Heimatwährung – die zentrale Rolle. Tatsächlich hat der chinesische Renmimbi in der Vergangenheit über einen längeren Zeitraum real abgewertet. Hintergrund sind die Inflationsdifferenzen zwischen der chinesischen Volkswirtschaft und den Handelspartnern. Vor diesem Hintergrund wird vielfach davon ausgegangen, dass der chine-

7 Je nach Quelle variieren die Angaben über die ausländischen Direktinvestitionen erheblich, weisen allerdings allesamt ein hohes, in der Tendenz steigendes Volumen auf. Im Folgenden werden die Angaben der UNCTAD zugrunde gelegt.

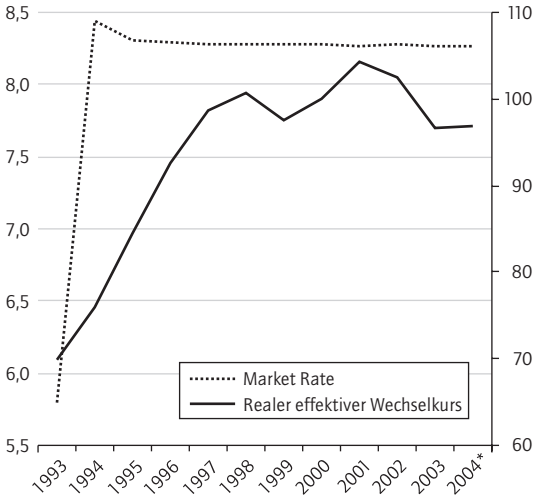
8 So wurde zuletzt das PC-Geschäft von IBM nach China verkauft. Dabei hat China insgesamt 1,25 Mrd. US-Dollar eingebracht; Chinas PC-Hersteller, Lenovo, ist dadurch zum drittgrößten PC-Produzenten der Welt geworden *(www.nzz.ch/2004/12/08/wi/page-newzzE2H1WATX-12.html)*.

9 International Monetary Fund: Balance of Payments Statistics. CD-ROM November 2004.

Abbildung 8

Wechselkursentwicklung 1993 bis 2004

Market Rate[1] und realer effektiver Wechselkurs[2]



1 Landeswährung je US-Dollar.
2 Index, 2000 = 100.
***** Stand August.

Quellen: IMF, International Financial Statistics, CD-ROM, Dezember 2004; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

sische Renmimbi unterbewertet ist. Von einer unterbewerteten Währung gehen positive Impulse auf die Exporttätigkeit aus; zugleich werden die Importe gebremst. Erst mit dem Anziehen der Inflation war eine reale Aufwertung zu beobachten.

Von den Nachbarn lernen

Die von China verfolgte Wirtschaftspolitik, die binnenwirtschaftlich auf hohe Investitionen und außenwirtschaftlich auf eine starke Exporttätigkeit setzt, ähnelt stark der Strategie der asiatischen „Tigerstaaten" in den Jahren vor 1997/1998. Auch in Bezug auf die Wechselkurspolitik und die relativ geringe Leistungsfähigkeit des heimischen Bankensektors bestehen große Ähnlichkeiten. Die Kombination von Fixkurssystem und der Erwartung hoher Renditen hatte auch im Falle der asiatischen „Tigerstaaten" für lange Zeit zu erheblichen internationalen Kapitalzuflüssen geführt.

Unter diesen Umständen ist die Geldpolitik weitgehend machtlos; das Geldmengenwachstum wird zu einem erheblichen Teil von den ausländischen Kapitalzuflüssen bestimmt. Grundsätzlich stellt ein Fixkurssystem hohe Anforderungen an eine schnell wachsende Wirtschaft. Insbesondere gerät es dann unter Druck, wenn die Inflationsraten der *emerging economy* dauerhaft über der des Ankerwährungslandes liegt. Dann kommt es bei nominalem Festkurs zu einer realen Aufwertung der heimischen Währung; die internationale Wettbewerbsfähigkeit sinkt tendenziell. Zugleich wird jede Aufwärts- und Abwärtsbewegung der Ankerwährung gegenüber anderen wichtigen Währungen mitgetragen. In der letzten Zeit war China insbesondere von der Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro betroffen. Dies ist auch in Bezug auf den in Euro gemessenen Wert der erheblichen Währungsreserven von Bedeutung.

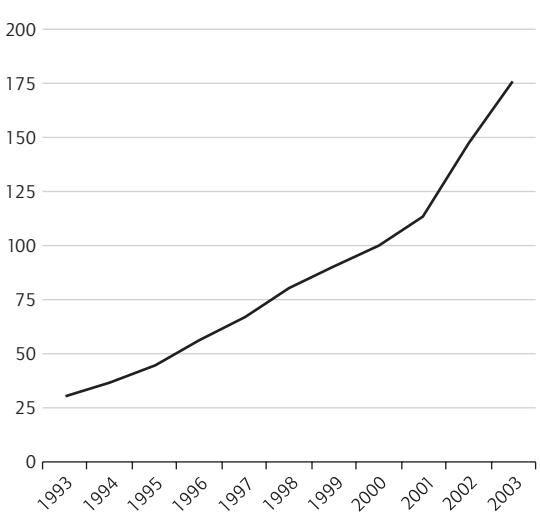
Beidem – dem geringen Handlungsspielraum der Geldpolitik, aber auch einer Zuspitzung der Probleme im Währungsgefüge – könnte bereits heute durch einen zunächst vorsichtigen und schrittweisen Übergang auf ein flexibleres Wechselkurssystem entgegengewirkt werden. Dabei könnte zunächst die Schwankungsbreite, in der sich der Wechselkurs bewegt, erhöht werden. Denkbar ist auch, die bisherige alleinige Orientierung am US-Dollar durch eine Ausrichtung an einem Währungskorb – bestehend aus den Währungen der wichtigen Handelspartner Japan, USA und Europa – zu ersetzen.

Darüber hinaus besteht in China erheblicher Reformbedarf in dem weitgehend von internationaler Konkurrenz abgeschotteten heimischen Finanzsektor. Nach wie vor befinden sich die chinesischen Geschäftsbanken im Wesentlichen in staatlicher Hand und sind eng mit dem Unternehmenssektor verknüpft. Dabei übertrifft der zur Beurteilung der Größe des Bankensektors herangezogene Indikator

Abbildung 9

Kreditentwicklung in China 1993 bis 2003

Index, 2000 = 100



Quellen: IMF, International Financial Statistics, CD-ROM, Dezember 2004; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

„Bankkredite/Bruttoinlandsprodukt“ die Referenzwerte anderer *emerging economies,* aber auch die wichtiger Industrieländer deutlich. Dies geht vor allem auf die rasche Kreditexpansion in den letzten Jahren zurück (Abbildung 9) und hat nicht nur weitreichende makroökonomische Implikationen, sondern birgt auch erhebliche Risiken in sich. Denn die Banken sind die wichtigsten Finanzintermediäre; die Marktkapitalisierung ist bislang – wie im Falle von *emerging economies* üblich – relativ gering.

Zwar sind bereits erste Schritte einer Bankenreform eingeleitet worden und erhebliche Summen (45 Mrd. US-Dollar) in die Rekapitalisierung zweier großer Banken geflossen, doch sind die Bankbilanzen immer noch durch einen im internationalen Vergleich hohen Anteil notleidender Kredite und eine relativ geringe Eigenkapitaldecke geprägt. Grundsätzlich geht es bei der Reform eines Bankensektors nicht nur um die Rekapitalisierung bestehender Geschäftsbanken; zentraler Punkt ist, auch die Kreditvergabepolitik der Banken an internationale Standards zügig heranzuführen, um so das Entstehen weiterer notleidender Kredite zu erschweren. Dazu gehört eine sich an internationalen Standards orientierende Bankenaufsicht. Wie die Erfahrungen der asiatischen „Tigerstaaten“ zeigen, kann ein Verschieben notwendiger Reformen zu erheblichen Verwerfungen führen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Michael Kohlhaas, Katja Schumacher, Jochen Diekmann, Dieter Schumacher and Martin Cames

Economic, Environmental and International Trade Effects of the EU Directive on Energy Tax Harmonization

In October 2003, the European Union introduced a Directive which widens the scope of the EU's minimum taxation system from mineral oils to all energy products including coal, natural gas and electricity. It aims at reducing distortions that currently exist between Member States as well as between energy products. In addition, it increases previous minimum tax rates and thus the incentive to use energy more efficiently. The Directive will lead to changes in the energy tax schemes in a number of countries, in particular some southern Member Countries (Greece, Spain, Portugal) and most of the Eastern European EU candidate countries.
In this paper, we analyze the effects of the EU energy tax harmonization with GTAP-E, a computable general equilibrium model. Particular focus is placed on the Eastern European countries which became new members of the EU in May 2004. We investigate the effects of the tax harmonization on overall economic growth and sectoral development. Special attention is paid to international trade in order to analyze if competitiveness concerns which have been forwarded in the context of energy taxation are valid. Furthermore, the effect on energy consumption and emissions and thus the contribution to the EU's climate change targets is analyzed.

Discussion Paper No. 462
Dezember 2004

Holger Görg and Eric Strobl

Spillovers from Foreign Firms through Worker Mobility: An Empirical Investigation

While there has been a large empirical literature on productivity spillovers from multinationals this literature treats the channels through which these spillover effects work as a black box. The innovation of this paper is to investigate whether spillovers occur via worker mobility. We use data on whether or not the owner of a domestic firm has previous experience in a multinational, and relate this information to firm level productivity. Our results suggest that firms which are run by owners that worked for multinationals in the same industry immediately prior to opening up their own firm are more productive than other domestic firms.

Discussion Paper No. 463
Dezember 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden *(www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere)*.

DIW Berlin
Wochenbericht Nr. 52/2004

DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Herausgeber und Redaktion wünschen den Leserinnen und Lesern des Wochenberichtes ein frohes Weihnachtsfest und einen schönen Ausklang des Jahres 2004

***

Unser Dank gilt den Lektorinnen und Lektoren des Wochenberichtes im Jahre 2004:

Pio Baake
Stefan Bach
Karl Brenke
Tilman Brück
Andreas Cors
Dietmar Edler
Ulrich Fritsche
Kurt Geppert
Martin Gornig
Rainer Hopf
Gustav A. Horn
Kurt Hornschild
Claudia Kemfert
Volker Meinhardt
Georg Meran
Brigitte Preißl
Stephan Raab
Dorothea Schäfer
Reimund Schwarze
Bernhard Seidel
Birgit Soete
Viktor Steiner
Dieter Vesper
Joachim Volz
Gert G. Wagner
Axel Werwatz
Christian Wey
Katharina Wrohlich
Hans-Joachim Ziesing

Impressum

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion
Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag
Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Ab 1. Januar 2005:

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
Leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent/min.

Bezugspreis
(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 120,–
Einzelheft Euro 11,–
Zuzüglich Versandspesen
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Druck
Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Einer Teilauflage liegt ein Prospekt des Verlags Duncker & Humblot bei.

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Abteilung Information und Organisation zulässig.